



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses
Stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 28. November 2017

Liebe Parteimitglieder, liebe Wählerinnen und Wähler,

seitdem durch den Abgang der FDP quasi über Nacht die achtwöchigen Sondierungen von Kanzlerin Merkel mit der CSU einerseits und mit den Grünen und FDP andererseits ergebnislos abgebrochen wurden, erhalte ich – wie die meisten Abgeordneten der SPD im Bundestag – zahlreiche Mails mit einem sehr breiten Meinungsspektrum dazu, was die Sozialdemokraten jetzt entweder dringend tun oder aber keinesfalls tun sollten. Unsere Parteibasis ist ebenso wie die Öffentlichkeit erkennbar in Aufruhr und die Statements sind aus sehr verschiedenen Blickwinkeln und Befindlichkeiten formuliert. Für uns Sozialdemokraten ist es aus meiner Sicht nur natürlich, dass sich eine große Bandbreite an Meinungen in dieser ungewöhnlichen Situation zeigt. Ich finde es ausdrücklich gut, dass viele sich persönlich bei mir melden und finde es teilweise abenteuerlich, was manche z.B. auf Facebook zum Besten geben oder auch Journalisten Stichworte liefern, die ganz sicher nicht dazu beitragen, die für unser Land und unsere Partei schwierige Situation zu verbessern. Wir Sozialdemokraten setzen jetzt den direkten Gedankenaustausch mit unseren Mitgliedern an die 1. Stelle, und darum habe ich – gemeinsam mit unserem SPD-Kreisvorsitzenden aus Ostholstein Niclas Dürbrook – kurzfristig zur Mitgliederkonferenz für Donnerstag, den 30. November 2017 in Eutin eingeladen. Hoffentlich können viele dabei sein!

Ich stimme der breiten Stimmungslage zu, dass Neuwahlen vermieden werden sollten und nur der allerletzte Weg sein können. Das sieht unsere Verfassung ja auch so vor und beurteilt unser Parteivorstand mit Martin Schulz im Übrigen ganz genauso. Allen, die der SPD aktuell wegen des offensichtlichen Scheiterns der Jamaika-Koalition, die vor kurzem noch von vielen Medienvertretern und der Kanzlerin als „innovativ“ gefeiert wurde, vorhalten, sie solle jetzt das von Frau Merkel, der CSU und der FDP angerichtete Problem kurzfristig lösen, sei gesagt: **Die SPD hat sich in ihrer 154-jährigen Geschichte immer als „staatstragend“ gezeigt.** Appelle von denen, die sich bisher

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ (030) 227-73 832 • 📠 (030) 227-76 920 • 📧 bettina.hagedorn@bundestag.de

Lübecker Straße 6 • 23701 Eutin

☎ (04521) 71 611 • 📠 (04521) 78 386 • 📧 bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

überwiegend mit Balkon-Fotos und in Talk-Shows selbst inszeniert haben, sind komplett fehl am Platz. **Es war Willy Brandt, der den Satz geprägt hat: „Erst kommt das Land – dann die Partei!“ und keine Partei hat dieses in letzten Jahrzehnten so verinnerlicht und unter Beweis gestellt wie die SPD.**

Das ist auch jetzt so. Denn die SPD ist selbstverständlich nicht nur offen für Gespräche, die nach unserer Verfassung der Bundespräsident initiiert, sondern gewährleistet zusätzlich mit fünf amtierenden Bundesministern eine stabile geschäftsführende Bundesregierung: Unsere Aktivposten darin sind Sigmar Gabriel, der als Außenminister und Vizekanzler in Krisenregionen weltweit unterwegs ist, Barbara Hendricks, die als Umweltministerin Deutschland auf der größten internationalen Klimakonferenz in Bonn würdig vertreten hat, Katarina Barley, die als Familien-, Arbeits- und Sozialministerin bei wichtigen Verhandlungen für europaweite Restriktionen von Dumpinglöhnen in Grenzregionen in Brüssel in den letzten Wochen erfolgreich für Arbeitnehmer in Deutschland verhandelte, Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries, die an den Siemens- und Stahlstandorten präsent ist, wo aktuell tausende von Mitarbeitern durch die drohenden Schließungen der Konzernvorstände um ihre Arbeitsplätze fürchten, und Justizminister Heiko Maas, der umsichtig die aktuelle Verfassungslage klärt und in den Debatten zur Versachlichung beiträgt.

Und wir Sozialdemokraten halten uns dabei strikt an die Regeln von Fairness und Verantwortung in einer geschäftsführenden Bundesregierung – ganz im Gegensatz zum CSU Landwirtschafts- und Verkehrsminister Schmidt, der genau gegen diese Regeln verstieß, als er die entscheidende Stimme Deutschlands in Brüssel nutzte, um der Verlängerung des Glyphosat-Einsatzes in Europa um weitere fünf Jahre zuzustimmen, obwohl durch das Veto von Umweltministerin Barbara Hendricks eine „Enthaltung“ der Deutschen Regierung fest vereinbart war. Eigentlich müsste Frau Merkel Minister Schmidt für diese – angeblich eigenmächtige – Entscheidung entlassen, die in der Sache weitreichende Gefährdungen für die Gesundheit der Menschen haben kann, allein den Einfluss der Pharma-Lobby bedient und jede Gesprächsbereitschaft zwischen CDU/CSU und SPD in dieser sensiblen Phase für unser Land massiv belastet. Für unsere SPD-Kabinettsmitglieder gilt: Wir haben eine fleißige und zuverlässige Übergangsregierung, die Deutschland regiert, und die SPD drückt sich nicht vor staatspolitischer Verantwortung wie die FDP, sondern stabilisiert in dieser schwierigen Situation unser Land!

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble eröffnete am 21. November die Bundestagsdebatte mit einer eindringlichen Ermahnung an alle, die nach fünf Wochen Jamaika-Sondierung und dem fluchtartigen Verlassen der FDP aus jeder Regierungsverantwortung schon wieder in den Medien und der öffentlichen Debatte Panik verbreiten: *„Wir haben derzeit eine außergewöhnliche Situation; der Bundespräsident hat das gestern in seiner Erklärung betont. Es ist eine Bewährungsprobe, aber es ist keine Staatskrise....Die Aufgabe ist groß, aber sie ist lösbar. Unser Grundgesetz bestimmt die Regeln. Die sind eindeutig und sie sind klug....Solange haben wir eine geschäftsführende Regierung – das ist die verfassungsgemäße, sachgerechte und angemessene Übergangslösung –, und wir haben ein Parlament, das handlungsfähig ist.“*

Das stimmt. Fakt ist: Die von der Kanzlerin, vielen CDU-, FDP- und Grünen-Protagonisten sowie der breiten Presselandschaft schon im Wahlkampf als „Zukunftsprojekt“ gefeierte Jamaika-Koalition ist in der Nacht zum 20. November 2017 geplatzt wie eine Seifenblase und damit ist auch Angela Merkel mit ihrem Auftrag, eine neue Regierung zu bilden, vorläufig gescheitert. Jetzt muss gerade die Kanzlerin neue Vorschläge präsentieren, die eine Neuwahl als allerletzte Option möglichst vermeiden. Wir Sozialdemokraten können uns dabei vieles vorstellen: auch eine Minderheitenregierung mit wechselnden Parlamentsmehrheiten wie sie bei unseren skandinavischen Nachbarn durchaus üblich ist, eine Tolerierung oder eine „Kenia“-Koalition mit CDU/CSU und Grünen, die allerdings beide – wie auch eine GroKo – Verhandlungen um konkrete politische Inhalte (mit starker sozialdemokratischer Handschrift!) und Verträgen bedarf, die bei der SPD von Mitgliedervoten abegesegnet werden müssten. Diese Szenarien sind allesamt in einer Demokratie keine Katastrophen, sondern solche Varianten stärken den Parlamentarismus, die Demokratie und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Und sie sind das natürliche Ergebnis einer Bundestagswahl, die sieben Parteien mit sechs Fraktionen ins Parlament gebracht und damit Koalitionen nach altem Muster erschwert hat. Das muss für unsere Demokratie allerdings nicht schlecht sein.

Denn Fakt bleibt ja: Die GroKo der letzten vier Jahre hat zwar eine für das Land erfolgreiche Arbeit gemacht, ist aber dennoch dafür mit dem **Verlust von knapp 14 Prozentpunkten** von den Wählern abgestraft worden – die Verluste der CDU/CSU waren ja sogar noch größer als die der SPD und das zeigt vor allem: **die Wähler wollten kein „weiter so“**. Respekt und Demut vor diesem Wählervotum (auch gerade von der Kanzlerin!) würden der grassierenden Politik- und Parteienverdrossenheit sicher entgegenwirken, und wir dürfen den Populisten und Demokratiefeinden jetzt auch keine Steilvorlagen dafür bieten, weiter zu behaupten, wir wären nur scharf auf Posten, hätten erneut das Votum der Wähler nicht analysiert und akzeptiert. **Erschreckend für mich wäre bei einer erneuten GroKo vor allem, dass die AfD die Rolle als Oppositionsführerin im Bundestag hätte – kann sich unser Land DAS für die nächsten Jahre ernsthaft wünschen?**

Der Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung liegt eindeutig bei Angela Merkel. Doch welche inhaltlichen Konsequenzen ziehen CDU/CSU und Merkel aus ihren Wahlverlusten einerseits und aus dem Scheitern ihrer „*Wunschkonstellation Jamaika*“ andererseits? Müssten sie nicht zunächst begründen, warum die Verhandlungen inhaltlich gescheitert sind und welchen Kurs sie mit welchen Zukunftsprojekten mit anderen Partnern anstreben? Um die Verantwortung für unser Land geht es doch nicht erst JETZT! Es muss in der Politik und in etwaigen Regierungsbündnissen immer um Inhalte gehen und nicht vermeintlich um Posten! Wichtig ist aus meiner Sicht, dass wir uns bei Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes nicht zeitlich unter Druck setzen und vorschnell als „Notnagel“ für Angela Merkel und die CDU/CSU missbrauchen lassen – inhaltliche Qualität geht vor Schnelligkeit, unsere Verfassung setzt für diese Situation einen sehr klugen Rahmen und unser Parlament und unser Land sind voll handlungsfähig.

Als Sozialdemokraten müssen wir selbstbewusst in diese aufregenden Wochen gehen! Dass wir Neuwahlen nicht scheuen – wie im Präsidiumsbeschluss der SPD von Montag, 20. November, ausgedrückt – sehe ich auch so, **allerdings – und das möchte ich betonen – sind wir nicht die treibende Kraft, wenn es um Neuwahlen geht. Warum sollten wir auch? Der Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung liegt weiterhin bei Angela Merkel – und es ist ja nicht so, dass das eine unlösbare Aufgabe wäre! Es muss allerdings endlich um INHALTE gehen – was soll sich positiv für die Menschen in Deutschland durch eine von der SPD unterstützte Bundesregierung ändern? Wir haben dazu viele Vorschläge! Von der Kanzlerin hört man dazu leider bislang nichts.**

Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in der letzten Woche mit allen relevanten Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, mit Bundestagspräsident Schäuble und dem Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Voßkuhle gesprochen, diese Woche wird er die Gespräche mit allen Fraktionsspitzen im Bundestag und den Parteichefs der GroKo fortsetzen – ausführlich und unter vier Augen. So sieht es unsere Verfassung vor. Das ist wichtig, denn in einer solchen Situation kommt es auch sehr auf das Gespür, den gegenseitigen Respekt aller Akteure und vor allem Vertrauen an. In unserer deutschen Geschichte hat es eine solche Lage zwar noch nicht gegeben, aber sie wird zu bewältigen sein – allerdings wird das Zeit brauchen, und das ist auch nicht weiter tragisch, denn wir sind ein stabiles Land mit zuverlässiger Übergangsregierung und voll arbeitsfähigem Parlament.

Die Option einer Minderheitsregierung mit eventuell wechselnden Mehrheiten oder vertraglich fixierten Kooperationen finde ich persönlich ehrlich gesagt auch spannend und sollte nicht leichtfertig von Frau Merkel weggewischt werden. Die Stabilität und internationale Berechenbarkeit Deutschlands wäre dabei nicht in Gefahr, denn in vielen Abstimmungen zu Europa oder zu Auslandseinsätzen z.B. haben sich die SPD und die Grünen für Frau Merkel im Parlament in der Vergangenheit sogar als Oppositionsfraktionen (2009 bis 2013) als zuverlässigere Stütze erwiesen als ihre eigene CDU/CSU-Fraktion. Frau Merkel müsste zwar in einigen Punkten immer wieder auf verschiedene Akteure zugehen, aber das stärkt doch auch nicht nur die parlamentarische Debatte und die inhaltliche sachliche Auseinandersetzung, sondern macht die Politik auch für die Bürgerinnen und Bürger spannender und transparenter.

Natürlich ist auch eine erneute Große Koalition eine Option, die man grundsätzlich nicht ausschließen darf. Aber vergessen wir nicht: Hätten die Wählerinnen und Wähler die Große Koalition gerne gewollt, hätten sie sie am 24. September wählen können – das haben sie erkennbar nicht getan. So geht Demokratie! Erinnern wir uns an die Warnungen vieler Politikwissenschaftler, dass die Große Koalition vor allem die gesellschaftlichen Ränder und vor allem den rechten Rand stärkt. Erinnern wir uns daran, dass die AfD bei einer eventuellen GroKo zur Oppositionsführerin im Bundestag werden würde – wollen wir DAS wirklich?

Das waren die Gründe, weshalb wir Sozialdemokraten angesichts der ersten Wahlprognosen Ende September klar und deutlich gesagt haben, wir stehen für eine weitere Große Koalition nicht zur Verfügung. Und das war nach meiner festen Überzeugung auch richtig. Aber das war angesichts der Liebesschwüre der Jamaika-Partner, die jetzt – zwei Monate später – den Karren voll an die Wand gefahren haben. In den letzten acht Wochen hat Martin Schulz mit Andrea Nahles und unserer gesamten Führungsspitze im ganzen Land Regionalkonferenzen durchgeführt, auf denen tausende Parteimitglieder munter diskutiert und die am 24. September abends erklärte Absage an eine GroKo einmütig als richtig bestätigt haben.

Dass trotzdem die SPD jetzt neu nachdenken muss, ist klar und – wie ich finde – auch öffentlich längst erkennbar. Unsere Analyse zu unserem Wahldebakel Ende September war richtig und bleibt richtig und hat sich nicht geändert – aber die Lage hat sich geändert! Vom 7. bis 9. Dezember tagt unser Bundesparteitag in Berlin, der neben den turnusmäßigen Neuwahlen des gesamten Vorstandes sicher auch zu dieser neuen Situation wichtige Weichenstellungen diskutieren und entscheiden wird. Dass bei jeder Form von Koalition oder vertraglich fixierter Tolerierung ein Mitgliederentscheid beschlossen wird – DAS ist in unserer SPD selbstverständlich und wurde von Martin Schulz ja bereits angekündigt. Wichtig wird sein, dass wir uns nicht zeitlich unter Druck setzen lassen und als Partei diskussionsfreudig, transparent, aber auch geschlossen bleiben.

Herzliche Grüße, Deine bzw. Ihre

A handwritten signature in cursive script, reading "Bettina Wagedorn". The signature is written in dark ink on a white background.